

## **Antrag**

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Inge Hannemann, Sabine Boeddinghaus,  
Deniz Celik, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,  
Christiane Schneider, Heike Sudmann, Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Einführung einer regelmäßigen, qualifizierten und aktuellen Armuts-  
und Reichtumsberichterstattung**

Nirgendwo in der Bundesrepublik öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich so stark wie in Hamburg. Die Studie der GRÜNEN zum Wohlfahrtsindex vom Jahr 2014 zeigte auf, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich in Hamburg größer sind als in jedem anderen Bundesland. So ist in einigen Stadtteilen mittlerweile die Hälfte aller Kinder auf Grundsicherung angewiesen.

Der Paritätische Gesamtverband bescheinigte Hamburg gerade erst einen doppelt so starken Anstieg der Armut wie im Bundesdurchschnitt und sogar den größten Zuwachs überhaupt.

Wie eine Analyse der Bertelsmann Stiftung „Prekäre Wahlen-Hamburg“ zeigt, hat dies auch unmittelbare Auswirkungen auf unser demokratisches Gesamtsystem:

„Je prekärer die Lebensverhältnisse in einem Stadtteil oder Wahlbezirk, desto geringer ist die Wahlbeteiligung in Deutschland und geht einher mit einer sozialen Spaltung der Wählerschaft“. Und weiter: „Daher ist auch die Hamburger Bürgerschaftswahl 2015 sozial nicht mehr repräsentativ.“ Diese Aussagen sind höchst alarmierend.

Vor diesem Hintergrund wird eine differenzierte Befassung mit der sozialen Lage der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, der Segregation in den Stadtteilen und der sich stärker spreizenden Schere zwischen Arm und Reich, um auf dieser Grundlage entsprechende Maßnahmen politisch auf den Weg bringen zu können, immer dringlicher. Der letzte Armutsbericht der Stadt wurde allerdings im Jahr 1997 veröffentlicht.

In der vergangenen Wahlperiode hat der Senat zwar einen Sozialbericht erstellen lassen, dessen Ergebnisse jedoch auf Daten aus dem Jahr 2010 und früher fußten. Aus diesem Bericht wurde erkennbar, dass sich die Armut wohl verfestigt, jedoch nicht ausgeweitet hat.

Doch schon kurz nach Erscheinen des Berichtes veröffentlichte das Statistische Bundesamt die neuesten Zahlen zur Armut. Demnach ist die Armutsquote in Hamburg von 14,7 Prozent im Jahr 2011 auf 16,9 Prozent im Jahr 2013 gestiegen.

In der Anhörung zum Sozialbericht des Senats gab es wichtige Hinweise vonseiten der geladenen Expertinnen und Experten. Alle waren sich darin einig, dass es für Hamburg eine aktuelle und differenzierte Sozialberichterstattung geben müsse, die der Vielschichtigkeit der Problemlage gerecht wird.

Angesichts der Tatsache, dass sich das private Geldvermögen und die Millionärsdichte in Hamburg rasant entwickeln, muss somit auch die Entwicklung von Armut und Reichtum im Zusammenhang erfasst und betrachtet werden.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. im Jahr 2015 erstmals und danach in regelmäßigen Abständen von zwei Jahren einen Armuts- und Reichtumsbericht für Hamburg mit sozialräumlicher Betrachtung der einzelnen Stadtteile vorzulegen;
2. zur Erstellung des Hamburger Armuts- und Reichtumsberichtes eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Wohlfahrtsverbänden, den DGB-Gewerkschaften, den Sozialverbänden, freien Trägern und Selbsthilfeinitiativen, einzurichten. Diese sind konzeptionell und inhaltlich maßgeblich an dem Bericht zu beteiligen;
3. im Bericht Daten von Einkommen, Grundsicherung und aufstockender Sozialhilfe, Überschuldungen, verdeckte Armut und die Wohnungsmietenentwicklung nach Stadtteilen zu erfassen und darzustellen;
4. eine aktuelle Zählung von obdachlosen Menschen unter der Berücksichtigung von Herkunft, Alter und Geschlecht in den Bericht aufzunehmen, und dabei auch der Tatsache von „verdeckter Obdachlosigkeit“ Rechnung zu tragen;
5. in dem Bericht auf Grundlage der Studie der Diakonie „Leben ohne Papiere“ von 2009 die aktuelle Situation und Problemlagen von illegalisiert in der Stadt lebenden Menschen zu untersuchen und darzustellen;
6. in dem Bericht die Überprüfung und Erweiterung der im Sozialbericht untersuchten quantitativen Datenbasis vorzunehmen und des Weiteren qualitative Daten zur Erfassung der Möglichkeiten sozioökonomischer, politischer und kultureller Teilhabe, zum Beispiel die Ausstattung mit Gütern zur Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs, die Ausprägung sozialer Beziehungen und die Möglichkeiten des Lern-, Erfahrungs- und Regenerationsspielraums, zu erfassen;
7. die Ursachen für Armut und kumulierte Armutslagen sowie ihre Auswirkungen und Folgen umfassend in die Perspektive des Armuts- und Reichtumsberichtes aufzunehmen;
8. den Armuts- und Reichtumsbericht, basierend auf seinen Befunden und Erkenntnissen, als konzeptionelle und inhaltliche Grundlage zur Erarbeitung und Umsetzung eines umfassenden Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes zur Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung zu erstellen. Hierbei sind die unter 2. genannten Institutionen zu beteiligen.